

Bildung in Rheinland-Pfalz - Totale Realitätsverweigerung der Landesregierung

Mehrere Brandbriefe aus Schulen in Ludwigshafen und Bad Kreuznach haben zuletzt gezeigt, wie ernst die Lage an einigen Schulen in Rheinland-Pfalz ist. Doch die Landesregierung verweigert es offenbar, diese Realitäten auch nur im Entferntesten anzuerkennen. Vor allem die Tatsache, dass Kritik intern nicht geäußert werden darf, ohne dass es negative Konsequenzen für die Kritiker gibt, scheint sie vollends zu ignorieren. Meine Kleine Anfrage dazu wird im Grunde genommen nicht beantwortet.

Die Brandbriefe der Lehrkräfte sind ein großer Hilfeschrei: Von Gewalt gegenüber Lehrkräften (auch durch Eltern), Bedrohungen und Beleidigungen ist darin die Rede. Die Lehrkräfte fühlen sich "alleingelassen, hilflos, überfordert, ausgebrannt". In der Rheinpfalz schildert ein Lehrer, wie die Schulbehörde unliebsame Pädagogen ausbremst und Missstände ignoriert. Er sagt: "Sie werden in Rheinland-Pfalz keine Lehrer finden, die die ADD loben – mit Ausnahme derer, die ‚noch was werden wollen‘, wie man so schön sagt: die also hoffen, durch die Gunst und Gnade der Aufsichtsbehörde einen begehrten Posten ergattern zu können". Interne Kritik sei demnach unerwünscht und führe selten zur Lösung eines Problems. Stattdessen würden Kritiker mundtot gemacht – durch die ADD, aber auch durch das Ministerium. Selbst der rheinland-pfälzische Bildungsminister Sven Teuber sagte, damals in der Funktion des bildungspolitischen Sprechers der SPD, zur Direktorin einer Schule in Ludwigshafen, sie sollte weniger mit Journalisten sprechen und stattdessen ihre Arbeit tun.

Ich wollte nun von der Landesregierung wissen, wie sie mit interner Kritik umgeht und was sie konkret plant, um Kritik zuzulassen, damit Lösungen möglich werden. Die Antwort ist haarsträubend, denn die Landesregierung will von den internen mangelhaften Strukturen nichts wissen, meine Fragen diesbezüglich werden nicht beantwortet. Und ich wollte wissen, was die Landesregierung konkret für die drei Ludwigshafener Schulen plant, aus denen Brandbriefe kamen. Die Landesregierung sagt dazu: "Die Schulaufsicht ist mit den genannten Schulen in einem engen Austausch und erarbeitet derzeit mit den Schulen gemeinsam weitergehende benötigte Unterstützungsmaßnahmen." Ein Treffen mit Lehrkräften der Karolina-Burger-Realschule hätte demnach schon stattgefunden, wobei "Qualifizierungsmaßnahmen für Lehrkräfte im Umgang mit den Herausforderungen besprochen" wurden.

Die gesamte Antwort der Landesregierung lässt erkennen, dass sie weder das Problem an sich verstanden hat noch gewillt ist, dafür zu sorgen, dass Lehrkräfte Probleme ansprechen und lösen können. Sie verweigert vollends den Diskurs und Austausch darüber!

Weitere Mitteilungen unter www.andreas-hartenfels.de

Andreas Hartenfels, MdL (Partei BSW)
fraktionsloser Abgeordneter

Kaiser-Friedrich-Straße 3, 55116 Mainz
Andreas.Hartenfels@abgeordneter.landtag.rlp.de

Bündnis Sahra Wagenknecht